

# Reklamation!

## Ich will meine Partei zurück.

### Die SPD muss wieder Programmpartei werden

Die SPD ist programmatisch ausgebrannt: Im Moment opfert die SPD mit der Bürgerversicherung das letzte ausstrahlungsfähige Projekt im „Kompromiss“ um die Gesundheitsreform. Das Profil der SPD ist an zentralen Stellen immer weniger erkennbar. Vor diesem Hintergrund ist es uns wichtig, dass die Debatte um das Grundsatzprogramm Platz bietet, um Visionen zu diskutieren, die über die alltägliche Regierungspolitik hinausgehen. In diesem Prozess muss Raum sein, die Regierung kritisch zu beleuchten. Wir brauchen eine ernsthafte Analyse der Situation. Es muss klar werden wofür die SPD steht.

Dabei wird uns sozialdemokratische Prosa nicht weiter helfen, die SPD muss greifbar werden.

Was ist die SPD? Unter Punkt 5 „Unser Weg“ finden sich folgende Zuschreibungen: „Wir sind die Partei der engagierten BürgerInnen“, „Wir sind die Partei der solidarischen Mitte“, „Wir sind die Partei für ganz Deutschland“. Wer sich nach der Lektüre dieser Allgemeinplätze ein wenig verloren fühlt, der steht nicht allein da.

Die Analyse der Gesellschaft muss mehr sein als ein paar nette Worte. Nur wer weiß, wo er steht, kann Gestaltungsvorschläge aufzeigen und damit Orientierung stiften. Die Analyse in weiten Teilen des Bremer Entwurfs ist schlichtweg platt und in ihrer Vereinfachung auch falsch. So bringt z.B. der wachsende Welthandel nicht überall die lang ersehnte Arbeit.

Damit verbunden ist auch die Frage, für wen machen wir Politik? Konzentrieren wir uns heimlich und leise nun doch nur auf die ominöse Mitte der Gesellschaft oder meinen wir es noch ernst mit der linken Volkspartei? Einer Partei, welche die Mitte der Gesellschaft in ihre Reformvorschläge mit einschließt, sich allerdings bewusst ist, dass es in dieser Gesellschaft klare Interessenskonflikte gibt, diese nicht verschweigt und für die ArbeitnehmerInnen Position bezieht.

Linke Volkspartei zu sein bedeutet für uns Partei für alle Menschen zu sein. Wir haben, wie die Arbeiterbewegung insgesamt eine starke internationale Orientierung, unser Handlungsschwerpunkt liegt dennoch in Deutschland.

Die richtige Feststellung, dass jeder Mensch die gleiche Würde hat, unabhängig von seiner Leistung und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit muss sich auch im weiteren Programm widerspiegeln. Hier ist der Bremer Entwurf unzulänglich: Die Aussage, wir brauchten mehr "qualifizierte Einwanderinnen und Einwanderer" gipfelt in der Feststellung "Beide Seiten müssten einen Nutzen davon [von Einwanderung] haben".

### Die SPD muss Mitgliederpartei sein

Viele sozialdemokratische Parteien in Europa bauen im Moment ihre Parteien um; „Aktivist“ ist das neue Stichwort. Demokratische Gremien werden abgebaut oder delegitimiert, die Basis soll gestärkt werden, indem demokratisch legitimierte Gremien abgebaut und direkte Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, die sich ziemlich schnell als Illusionen entpuppen, da damit keine verbrieften Rechte verbunden sind. Dadurch hat nur noch eine kleine Funktionärsclique oder eine spezielle Seilschaft Mitgestaltungsmöglichkeiten, die große Masse wird nur noch entertaint.

Im Bremer Entwurf fehlt völlig eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Verhältnis Partei und Regierung. Für uns ist die Partei Ideengeber und Motor für die Regierung und nicht andersherum. Dafür müssen demokratisch gefasste Beschlüsse wieder ernst genommen werden.

Wer es mit der Mitgliederpartei SPD ernst meint, müsste dies auch im Prozess zum Grundsatzprogramm deutlich machen, doch dies ist nicht der Fall. Wieder gibt es Regionalforen, auf denen die Möglichkeiten zur Aussprache sehr gering sind. Die Mitgliederbefragung über den Fragebogen ermöglicht keine klare Stellungnahme zu den wichtigen Auseinandersetzungen. Der Parteirat ist in den Prozess nicht eingebunden. Dennoch werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um Einfluss zu nehmen.

Ein deutliches Bekenntnis zur Mitgliederpartei findet sich im Bremer Entwurf nicht.

51

52 **Dem demokratischen Sozialismus den Platz geben, den er verdient**

53 Es geht nicht darum, wie oft man den Begriff demokratischer Sozialismus über die Suchfunktion im  
54 Grundsatzprogramm findet, sondern welchen Platz er tatsächlich im Konzept der SPD einnimmt. Im  
55 vorliegenden Bremer Entwurf gibt es eine Passage zum demokratischen Sozialismus. Danach wird nur  
56 noch von der „Sozialen Demokratie“ gesprochen. Aber was ist „Soziale Demokratie“ nun eigentlich?  
57 Darauf geben weder der „Bremer Entwurf“ noch die vielen schönen, mit dem Logo „Eintreten für die  
58 Soziale Demokratie“ bedruckten Broschüren eine brauchbare Antwort. Erst durch selbsttätiges  
59 nachforschen gelingt es herauszufinden, dass sich dahinter kein politisches Konzept sondern ein  
60 Demokratiemodell verbirgt: eine Soziale Demokratie ist ein demokratischer Staat, der über eine soziale  
61 Marktwirtschaft verfügt.

62 Nun müsste einem klar sein, das die SPD nicht alleine auf diesem Standpunkt steht. Im Gegenteil: in der  
63 bei der FES kostenlos verfügbaren Broschüre „Die Zukunft der Sozialen Demokratie“ wird offen  
64 eingestanden, dass aus geschichtlicher Sicht „in vielen europäischen Ländern auch christdemokratische  
65 Parteien und gesellschaftliche Organisationen große Teile des Projekts der sozialen Demokratie unterstützt  
66 haben.“<sup>40</sup> Im Bezug auf den demokratischen Sozialismus genügt ein flüchtiger Blick über das Programm,  
67 um zu wissen, dass die Worte: „Er ist kein Dogma und beschreibt keinen Endzustand, sondern die Vision  
68 einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, für deren Verwirklichung wir auch weiterhin  
69 eintreten.“ mit dem Zusatz „Die Arbeit für dieses Ziel und das Prinzip unseres Handelns ist die Soziale  
70 Demokratie.“ leer sind – denn dieser Lesensart zufolge, gilt das Ziel als erreicht. In diesem Entwurf finden  
71 sich weder Ziele, die über den heutigen Tag hinausgehen, noch solche, die den Weg in diese Richtung  
72 weisen. Auch werden die Grundwerte der Sozialdemokratie „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ nicht  
73 mehr aus dem Demokratischen Sozialismus hergeleitet, wie dies noch im Berliner Programm geschah.

74 Damit wird der demokratische Sozialismus de facto zum historischen Relikt in der Ahnengalerie.  
75 Der demokratische Sozialismus ist der einzige der beiden Begriffe, der das Konzept einer anderen  
76 Gesellschaft beschreibt. Der deutlich macht, dass wir in der SPD eine Kapitalismuskritik brauchen, dass es  
77 in dieser Gesellschaft grundsätzliche Interessenskonflikte gibt. Eine Umwandlung der SPD in eine  
78 sozialkonservative Partei über den gesetzten Begriff „Soziale Demokratie“, der es nur noch um  
79 Korrekturen an der bestehenden und nicht mehr um eine andere, bessere Gesellschaft geht, werden wir  
80 nicht akzeptieren. Der demokratische Sozialismus ist für uns nicht historischer Ballast, sondern tägliche  
81 Handlungsmaxime.

82 Demokratischer Sozialismus steht für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in  
83 Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen,  
84 wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.  
85 Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf  
86 Selbstverantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mitmenschen, ihre Persönlichkeit  
87 zu entwickeln und an der Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken.  
88 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige  
89 Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens.

90 Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der  
91 klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden - nicht aus  
92 Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen  
93 Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt  
94 weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.

95 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine  
96 Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre  
97 Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die  
98 Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist  
99 eine dauernde Aufgabe - Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu  
100 bewähren.

101 Wir Sozialdemokraten müssen diese Werte offensiv vertreten und sie nicht, wie es im Bremer Entwurf  
102 passiert, abschleifen und so links neben der SPD künstlich Platz schaffen. Wir müssen unsere Werte  
103 verteidigen und dürfen sie nicht aufgeben, weil es andere Gruppierungen gibt, die sie für sich reklamieren.  
104

105 ° Die Zukunft der Sozialen Demokratie, Seite 241  
106

### 107 **Für wirkliche Gerechtigkeit**

108 Im Zuge der Debatte um das Grundsatzprogramm gilt es auch, Pflöcke einzuschlagen, wenn es um  
109 den Punkt Gerechtigkeit geht. In den letzten Jahren wurde versucht, über Begriffe wie  
110 Chancengerechtigkeit, eine ‚Gerechtigkeit light‘ einzuführen. Gerechtigkeit misst sich für uns nie an  
111 den Chancen, sondern immer am Ergebnis. Eine zu akzeptierende oder gar gewünschte Ungleichheit  
112 wird es mit uns nicht geben. An manchen Stellen des Entwurfs wurde gerecht durch fair/ Fairness  
113 ersetzt, vor allem im Europa- und internationalen Teil.  
114 Für uns gibt es keine erste und zweite Klasse Gerechtigkeit. Die internationale Solidarität gebietet es,  
115 dass unsere Ziele für alle Menschen gelten.  
116

### 117 **Geschlechtergerechtigkeit**

118 Gleichstellungspolitik wird fast nur mehr unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie von  
119 Beruf bearbeitet. Frauen werden nicht mehr als eigenständige Wesen gesehen, sondern nur noch in  
120 Zusammenhang mit einem Partner und/oder Kindern gedacht. Junge Frauen ohne Kinder kommen  
121 nicht mehr vor. Dies wird deutlich in den Passagen „*Wer die menschliche Gesellschaft, wer ein  
122 Leben in Partnerschaft will, muss die Gleichstellung von Mann und Frau hier und heute  
123 verwirklichen.*“ Oder „*Wir wollen, dass junge Frauen ihre Vorstellung von einem selbst bestimmten  
124 Leben verwirklichen können. Sie wollen beides: Beruf und Familie.*“\*

125 Es wird auch darum gehen, Frauen in allen Lebensbereichen wieder in den Mittelpunkt der  
126 Gleichstellungspolitik zu stellen: Bildung, Freizeit, der Weg in den Arbeitsmarkt, Aufstiegschancen,  
127 Sexismus und Mobbing, gesellschaftliche Anerkennung, schlechte Arbeitsbedingungen in typischen  
128 Frauenberufen, Altersarmut, Hausarbeit, Kindererziehung, Beziehung...  
129 Anstatt sich auf künstliche Kategorien zu versteifen, wie junge Frauen und damit die Frauen  
130 gegeneinander auszuspielen.

131 Auch wird nicht deutlich wo die Reise grundsätzlich hingehen soll. Bedeutet die Selbstbestimmung  
132 der Frau, dass wir nicht nur die traditionelle Arbeitsteilung überwinden wollen, sondern auch die  
133 Rollenmodelle an sich?

134 Wir fordern eine komplette Neufassung des Gleichstellungsteils, wobei insbesondere der Satz „Wer die  
135 menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden.“ aus dem Berliner Programm muss  
136 unserer Meinung nach aufgenommen werden. „Männliche Gesellschaft“ steht für eine Gesellschaft, die  
137 gespalten ist in Menschen mit angeblich weiblichen und angeblich männlichen Denk- und  
138 Verhaltensweisen, in der nicht mehr hochbewertete Erwerbsarbeit Männern zugeordnet, unterbewertete  
139 Haus- und Familienarbeit Frauen überlassen wird, in der nicht mehr eine Hälfte der Menschen dazu  
140 erzogen wird, über die andere zu dominieren, die andere dazu, sich unterzuordnen.  
141 Immer noch ist die herrschende Kultur männlich geprägt, ist das Verfassungsgebot der gesellschaftlichen  
142 Gleichheit von Mann und Frau nicht verwirklicht, sind Frauen stärker von Armut betroffen, werden  
143 Frauen in Ausbildung und Beruf benachteiligt, werden sie in Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst, in  
144 Politik und Medien zurückgesetzt, wird ihnen der private Bereich, Hausarbeit und Kindererziehung  
145 zugewiesen, wird die Rolle, die Frauen in der Geschichte spielten, unterschlagen oder verfälscht, werden  
146 Zeitabläufe und Organisationsformen von Erwerbsarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit durch männliche  
147 Bedürfnisse bestimmt, werden Frauen Opfer männlicher Gewalt, wird ihr Recht auf sexuelle  
148 Selbstbestimmung mißachtet.

149 Ein weitergehender Antrag hierzu findet sich in Beschluss Nr. P 1 der 17. Ordentliche Bundeskonferenz  
150 der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), 22. bis 24. September 2006 in Berlin, Hotel  
151 Maritim Pro Arte.  
152

## 153 **Bürgerrechte**

154 Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu zur freien Bürgergesellschaft.

155 Ein entscheidender Aspekt unseres Rechtsverständnisses ist die Unschuldsvermutung. Ein Bürger ist  
156 unschuldig – bis die Schuld bewiesen ist.

157 Die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit drohen dieses Ideal Schritt für Schritt auszuhöhlen.

158 Weltweit wurden nach 2001 verstärkt die bürgerlichen Freiheiten eingeschränkt – begründet wurde dies  
159 mit dem Krieg gegen den Terror. Auch in Deutschland werden die Rufe nach stärkerer Überwachung und  
160 Beschneidung der Freiheitsrechte von einigen Interessensvertretern immer vehementer vorgetragen. Die  
161 SPD stand und steht für die Verteidigung der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Werte. Gesellschaftliche  
162 Probleme bekämpft man nicht durch stärkere Überwachung, härtere Strafen und strengere Gesetze.

163 Um einen funktionierenden Rechtsstaat zu erhalten, müssen die Gründe für gesellschaftliche Missstände  
164 bekämpft werden, nicht nur ihre Symptome.

165 Damit einher geht die Forderung nach einem neuen Staatsbürgerrecht, weg von ius sanguinis. Jeder in  
166 Deutschland geborene Mensch soll automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen.

167 Echte Integration gelingt nur durch echte, gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft, der Kultur  
168 und der Politik und nicht durch repressive Sanktionen. Wir wollen, dass das Bekenntnis zu dem  
169 universellen Grundrecht auf Asyl in unserem Programm fest verankert wird. Dies muss durch konkrete  
170 Forderungen unterfüttert werden: wie ein Ende der bisherigen Schengen-Politik, der Praxis der  
171 Abschiebehaft, der Residenzpflicht und der Auszahlung in Sozialleistungen in Waren.

172

## 173 **Frieden**

174 *„Wir wissen, dass es Situationen geben kann, in denen militärisches Eingreifen notwendig ist.*

175 *Deutschland kann sich an diesen Missionen beteiligen, wenn die durch ein völkerrechtlich bindendes*  
176 *Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind, der Einsatz dem deutschen Interesse nicht*  
177 *widerspricht und der Deutsche Bundestag zustimmt.“\**

178 Im Grundsatzprogramm sucht man eine kritische Auseinandersetzung mit den Bundeswehreinheiten  
179 der rot-grünen Bundesregierung vergeblich. Stattdessen sollen die Einsätze über Kriterien (siehe  
180 Zitat), die keine sind, nachträglich legitimiert werden. Es wird die hervorragende Arbeit der  
181 Bundeswehr gelobt. Ziel ist ein „Weiter so“, verbunden mit der Neuausrichtung der Bundeswehr hin  
182 zu den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung. Das umfasst den Ausbau der Eliteeinheiten,  
183 die sich schon jetzt dem Zugriff des Parlaments entziehen, die Modernisierung der Waffensysteme  
184 anstatt einer wirklichen Abrüstung und keine wirklichen Anstrengungen bei der Krisenprävention.

185 Von der antimilitaristischen Tradition der SPD (Lehren aus dem 1. und 2. Weltkrieg und die Debatte  
186 um die Wiederbewaffnung) bleibt nichts mehr übrig.

187 Die Hauptkritik gilt allerdings dem Versuch „das deutsche Interesse“ als Kriterium für Kriegseinsätze  
188 zu verankern. Für uns als InternationalistInnen ist dies ein Bruch mit unseren Grundsätzen.

189 Die internationale Frage findet sich in unserer alltäglichen Arbeit wieder, denn wir machen Politik für  
190 alle Menschen auf dem Globus und nicht nur isoliert für Deutschland. Wir diskutieren  
191 Wirtschaftspolitik eben nicht aus einer nationalen Interessenlage heraus. Viele ökonomische und  
192 soziale Probleme können auch nur international gelöst werden, wie der Abbau der Arbeitslosigkeit -,  
193 will man sich nicht in einem nationalistischen Standortwettkampf wieder finden. Der Kampf der  
194 Arbeiterbewegung, von der wir ein Teil sind, ist international.

195 Ausgehend von diesem Verständnis ist für uns das „deutsche Interesse“ kein Kriterium.

196

## 197 **Staat und Sozialstaat**

198 Unser neues Leitbild soll der aktivierende, präventive und investive „vorsorgende Sozialstaat“ sein,  
199 der Teilhabe, Emanzipation und Sicherheit als Ziele hat. Bisher ist die Formulierung ein reiner  
200 Formelkompromiss zwischen den verschiedenen Richtungen in der SPD. Es findet sich mit dem  
201 aktivierenden Sozialstaat das Konzept des „Förderns und Forderns“ wieder und der investive  
202 Charakter soll die Bedenken der Linken abmildern. Dennoch lässt sich ein klarer Rückschritt  
203 erkennen, so spricht der Entwurf davon, dass nur die großen Lebensrisiken abgesichert werden  
204 müssen - ein Schritt hin zu einer Minimalversorgung durch den Staat. Wir werden uns deshalb massiv

205 dafür einsetzen müssen, dass der investive Sozialstaat gestärkt und nicht geschwächt wird. Konkret  
206 bedeutet dies unter anderem, dass sich gegen Armut nicht Bildung als einziges Gegenmittel findet.  
207 Für uns ist Bildung mehr als ein Instrument in der wirtschaftspolitischen Debatte. Bildung muss für  
208 uns emanzipatorischen Charakter haben, sie ist ein Baustein um es Menschen zu ermöglichen ihr  
209 Leben selbst zu gestalten.  
210 Völlig fehlt auch der Umverteilungscharakter des Sozialstaats: Wer wirklich Emanzipation, Teilhabe  
211 und soziale Sicherheit erreichen will, muss von Umverteilung sprechen und sie in konkrete  
212 Forderungen und Politik umsetzen, beispielsweise eine höhere Besteuerung von Vermögen und  
213 Erbschaften. Hier reicht die vage Formulierung, dass vermögende Privathaushalte entsprechend ihrer  
214 Leistungsfähigkeit bei Bildungsinvestitionen beteiligt werden müssen, bei weitem nicht aus.  
215 Außerdem spricht der Entwurf nur von einer der Leistung angemessenen Vermögens- und  
216 Einkommensverteilung. Vollkommen unkritisch hat die SPD unter Kurt Beck den Leistungsbegriff  
217 übernommen. Was ist eine der Leistung angemessene Vergütung? Leistung ist kein objektiver  
218 Maßstab, sondern wird von der Gesellschaft definiert und wertet dabei auch immer bestimmte  
219 Bereiche ab.  
220 Wir fordern auch weiterhin eine gerechte und gleiche Vermögens- und Einkommensverteilung.  
221 Neu im Programmentwurf findet sich das Thema „Flexicurity“. Dabei wird Flexibilität nicht mehr  
222 grundsätzlich in Frage gestellt, sondern als berechtigtes Interesse der Unternehmen bezeichnet. Zwar  
223 wird deutlich gemacht, dass auch die Bedürfnisse der Beschäftigten berücksichtigt werden müssen,  
224 allerdings ist damit die Forderung nach Arbeitszeitkonten verbunden, die in der Praxis oftmals zu  
225 weniger Rechten der Beschäftigten geführt haben. Der Bezug, dass Teilhabe am gesellschaftlichen  
226 Leben auch von geregelten Arbeitszeiten abhängt, fehlt komplett.

227

## 228 **Arbeit**

229 *„Die solidarische Mitte hat die Soziale Marktwirtschaft möglich gemacht und sie wird das Land auch  
230 in Zukunft mit ihrer Leistung und ihrer Solidarität zusammenhalten.“\**

231 Mit dem Bremer Entwurf übernimmt die SPD mit der neuen sozialen Marktwirtschaft das Konzept  
232 der Union und damit auch all seine Probleme, vor allem in das grundsätzliche Vertrauen in den  
233 Markt. So ist der Sozialstaat keine Errungenschaft der sozialen Marktwirtschaft, sondern er wurde  
234 durch die ArbeitnehmerInnen erkämpft. Immer wieder scheint im Entwurf die Unterscheidung in gute  
235 und schlechte Unternehmen durch. Dass dem Prinzip der Profitmaximalisierung alle unterworfen  
236 sind, wird dabei ausgeblendet. Auch in dem Absatz zu den Finanzmärkten zeigt sich eine klare  
237 Unterscheidung in langfristige - und damit gute - und kurzfristige - und damit schlechte -  
238 Investitionen. Natürlich gewährleisten langfristige Investitionen mehr Planungssicherheit, dieses  
239 Schwarz-Weiß Denken allerdings hat nichts mit der Realität zu tun. Auch langfristige Investitionen  
240 können Volkswirtschaften erheblichen Schaden zufügen.

241 Der angestimmte Lobgesang auf die Soziale Marktwirtschaft vergisst, dass zentrale Versprechungen  
242 nicht erfüllt wurden. So sind wir weit davon entfernt alle Bevölkerungsteile an der  
243 Wohlstandsentwicklung teilhaben zu lassen. Wir brauchen Alternativen zur Sozialen Marktwirtschaft.  
244 Die SPD steht weiter für das Ziel der Vollbeschäftigung ein. Auf dem Weg dahin gibt sie aber das  
245 Ziel der Arbeitsplatzsicherheit und das Recht auf eine wohnortnahe Beschäftigung auf.  
246 Dieses Recht kann in Kombination mit einem aktiven Strukturwandel ein Ausbluten der  
247 strukturschwachen Räume einschränken, sogar aufhalten.

248 Im Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik steht der ungebrochene Glauben an die Innovation, die Macht  
249 des Wissens, die Kultur der Selbstständigkeit als Teil der offensiven Strategie des  
250 Qualitätswettbewerbs. Dabei wird die Frage, inwieweit insbesondere die Globalisierung international  
251 über Regulierungen gestaltet werden muss, vollkommen vernachlässigt. Es geht aus unserer Sicht  
252 nicht darum, der Beste im Wettbewerb zu sein, sondern gleiche Bedingungen als ersten Schritt  
253 festzulegen, um ein weiteres Auseinanderklaffen zwischen arm und reich zu verhindern.

254 Im Entwurf findet sich auch die alte Debatte um die zu hohen Lohnnebenkosten wieder. So soll die  
255 Steuerfinanzierung des Sozialstaates dazu benutzt werden, Lohnnebenkosten abzubauen, insbesondere  
256 in den unteren Einkommensgruppen. Dies führt das von uns vertretene Prinzip „Gerechte Bezahlung

257 für Arbeit“ ad absurdum. Einen wie auch immer gestalteten staatlich subventionierten  
258 Niedriglohnsektor lehnen wir ab.  
259 Die wirtschaftliche Demokratie bleibt Bestandteil der Politik der SPD, allerdings in abgeschwächter  
260 Form. Zwar setzen wir uns für eine paritätische Mitbestimmung ein, ansonsten ist von einem Ausbau  
261 kaum die Rede. Dafür wird als zweite Säule die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am  
262 Unternehmenskapital mittels Investivlöhnen als ökonomische Teilhabe eingeführt. Dies halten wir für  
263 eine Sackgasse, denn zu groß ist die Gefahr, das Risiko auf die ArbeitnehmerInnen zu übertragen oder  
264 Löhne niedrig zu halten, Beispiele der Vergangenheit wie die Telekom-Aktien belegen dies. Wir  
265 fordern eine Beteiligung der ArbeitnehmerInnen am Gewinn über eine Lohnsteigerung, die sich nicht  
266 nur am Inflationsausgleich orientiert, sondern auch darüber liegt und einen stärkeren Ausbau der  
267 Mitbestimmung, auf internationaler Ebene z.B. durch ein europäisches Streikrecht und  
268 eine Ausweitung der Euro-Betriebsräte.  
269 Genauso wenig schafft es die SPD über den Mindestlohn hinaus zu definieren, was „gute Arbeit“ ist.  
270 Unter anderem, welchen Stellenwert Arbeitsschutzgesetze haben, wie eine immer weiterreichende  
271 Flexibilisierung die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit immer mehr verschwimmen lässt und dass  
272 hier neue Regelungen gefragt sind.  
273 Am Ende des Kapitels wird an die Verantwortung der Verbraucher appelliert, über den Einkaufskorb  
274 mitzubestimmen. Dass diese Möglichkeit durch die Höhe des Einkommens deutlich beschränkt ist,  
275 wird nicht gesehen.

276

### 277 **Was vom Bremer Entwurf übrig bleibt**

278 Gerade in den Bereichen Globalisierung und Europa bietet der Bremer Entwurf weder eine fundierte  
279 Analyse noch tragfähige Forderungen, die über den heutigen Tag hinausgehen. Wo wollen wir hin mit  
280 der Europäischen Union? Leerstelle. Wir fordern weiter die Vereinigten Staaten von Europa. Dass  
281 eine Friedensmacht Europa, auch eine grundsätzliche Verantwortung bei der Abrüstung hat und in  
282 diesem Punkt auch die Europäische Verfassung in Frage gestellt werden muss. Leerstelle. Und bei  
283 einem sozialen Europa geht es nicht nur um einen fairen Standortwettbewerb. Die gerechte  
284 Weltordnung wurde vorsorglich gleich durch eine gerechtere ersetzt.  
285 Dabei waren doch die großen Veränderungen in diesem Bereich, neben dem Ende des Ost-  
286 Westkonflikts, die ursprünglichen Gründe für die Überarbeitung des Berliner Programms.  
287 Herausgekommen ist ein neues Programm, das keine Orientierung zu stiften vermag. Dass  
288 ursprüngliche Versprechen der Sozialdemokratie für ein besseres Leben der Menschen zu kämpfen:  
289 Probleme zu sehen und gemeinsam an einem Weg zu arbeiten um diese zu lösen – egal wie groß und  
290 gewaltig sie erscheinen; ist nicht mehr erkennbar.  
291 Das neue Grundsatzprogramm soll als politische Handlungsmaxime dienen, als Grundlage für die  
292 politische Positionierung auf allen Ebenen der Politik. Von der Kommune bis auf die internationalen  
293 Ebenen soll man sozialdemokratische Handschrift erkennen können.  
294 Es soll nicht als Feigenblatt für wahltaktisches Manöver fungieren und jede Art von Politik rechtfertigen.  
295 Wer Wahlen gewinnen will, muss Menschen von seiner Position überzeugen und dazu muss man  
296 ersteinmal eine Position haben und keine beliebige Ansammlung von Worthülsen. Diese Art von  
297 Positionierung wird sich bei den Wahlen rächen getreu dem Motto „Achtung Wirklichkeit! Achtung  
298 Beliebigkeit!“ (in Bezug zu ‚Vowärts‘ 12/2006 Seite 8)  
299 Übrig bleibt also eine technische Anleitung. Wohin? Egal.

300

301 \* Zitate sind dem Bremer Entwurf entnommen.